

Ruth van Heeren

Von:
Gesendet:
An:
Betreff:

bischof.wissing@freenet.de
Montag, 8. Juni 2009 05:01
w.tuehaus@kreis-borken.de; M.Garvert@gmx.de; post; ub-borken@spd.de;
info@uwg-kreis-borken.de; kanzlei@rae-b-schoening.de; ky-borken@versanet.de
Erdverkabelung - Sitzung Umweltausschuss

Bürgerinitiativen Pro Erdkabel NRW

c/o Gaby Bischof, Paul Wissing, Andreas Völker

Löchte 11, 46348 Raesfeld

Tel.: 02865/8337

Email: bischof.wissing@freenet.de

Kreisausschuss für Umweltschutz des Kreises Borken

Kreistagsfraktionen der

CDU

SPD

UWG

Bündnis 90 / Die Grünen

FDP

7.6.2009

Kreisausschuss für Umweltschutz, Sitzung am 09.06.2009

Sitzungsvorlage Nr.0115/2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

die "Bürgerinitiativen Pro Erdkabel NRW" haben die Vorlage zur Sitzung des Umweltausschusses am 09.06.2009 zur Kenntnis genommen. Wir weisen auf die folgenden zusätzlichen Aspekte hin:

1. Wir bedauern, dass die Bedeutung der örtlichen Initiativen weder im bisherigen Planungsprozess gewürdigt, noch ihre Beteiligung bei den anstehenden Gesprächen und Beratungen mit RWE, Kommunen und Genehmigungsbehörde vorgeschrieben ist.
2. Die in der Sitzungsvorlage aufgeführten Erdkabelvarianten lassen die von den Initiativen geforderte Hochspannungsgleichstromübertragung (HGÜ) unerwähnt. Auch die Möglichkeiten, die das

08/08 '09 10:51

Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) im Rahmen der Anreizregulierungsverordnung zur Einführung dieser Technik schafft, werden nicht angeführt.

3. „Eine vergleichende Gegenüberstellung der Wirkungen, die Hochspannungsfreileitungen und erdverlegte Hochspannungskabel auf die belebte und unbelebte Umwelt einschließlich des Menschen ausüben, wird in der Sitzungsvorlage vermisst. Hieran liefern sich die Vorteile von Erdkabeln, insbesondere nach dem HGÜ-Prinzip gegenüber Freileitungen verdeutlichen. Im Rahmen einer vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit geförderten vergleichenden Studie küstennaher Stromleitungen* wurde dies bereits eindrucksvoll belegt.
4. „Eine alternative Trassenführung im Zusammenhang mit einer Erdverkabelung nach HGÜ z. B. entlang der A 31 wird in der Vorlage nicht erwähnt. Bei dieser Variante sind die Entlastungswirkungen, die der Rückbau der bestehenden, vielfach ortsnah verlaufenden Trasse mit sich bringen würde, im bisherigen Abwägungsprozess durch die Bezirksregierung nicht berücksichtigt worden. Der Kreis hätte gemeinsam mit den betroffenen Kommunen die Möglichkeit, die detaillierte Prüfung einer alternativen Trassenführung auf der Ebene des Regionalplanes zu fordern.
5. „Der Kreis Borken sollte sich wie die Bürgerinitiativen für eine komplette Erdverkabelung der Trasse Wesel – Diele nach dem HGÜ-Prinzip einsetzen.
6. „Die Zielsetzung des Energieleitungsausbaugesetzes ist der beschleunigte Ausbau des Stromnetzes in Deutschland. Dieses Ziel ist nur mit einer großen gesellschaftlichen Akzeptanz zu erreichen. Deshalb fordern die Bürgerinitiativen, an den weiteren Planungsprozessen beteiligt zu werden.

*FuE-Vorhaben FKZ 806 82 070 bislang unveröffentlicht

